

Wochendienst

Nr. 43

vom 8. November 2013

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Frankfurter Erklärung verabschiedet!.....	2
Hamburg – Stadt mit Courage	4
Senator Scheele zur Schließung von Einrichtungen der Haasenburg GmbH.....	6

Gesundheit und Verbraucherschutz

Nützliche Tipps für ein ganzes Jahr	7
Was tun Hamburger Krankenhäuser für Menschen mit demenziellen Erkrankungen?.....	8

Schule, Jugend und Berufsbildung

39 Prozent der Schulabgänger finden sofort einen Ausbildungsplatz	9
Landeszentrale für politische Bildung gibt Jahresbericht 2012 heraus	14

Stadtentwicklung und Umwelt

Senat vergibt Fritz-Schumacher-Preis an Prof. Thomas Sieverts	15
50 neue Straßenbäume für Hamburg	17
Draußen lernen!	19

Kultur

Hamburgs Theater machen erstmals Aufführungen für Sehbehinderte zugänglich.....	20
---	----

Zur Information

Senat beschließt Gebühren für Verwaltungsauskünfte	21
Terminkalender	23

04. November 2013/basfi04

Frankfurter Erklärung verabschiedet!

Die Behindertenbeauftragten fordern bessere Teilhabemöglichkeiten von Großer Koalition

Die Behindertenbeauftragten des Bundes und der Länder appellierten bei ihrem 46. Bundestreffen am 29./30. Oktober 2013 in Frankfurt an die Verhandlungspartner in den Koalitions-Arbeitsgruppen von CDU, CSU und SPD der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weitere Impulse zu geben.

Ingrid Körner, Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen in Hamburg hierzu: „Die Umsetzung des Menschenrechts auf gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe in unserer Gesellschaft wird von behinderten Menschen in Deutschland seit langem gefordert. Die Verhandlungen zu einer großen Koalition bieten die Chance, dieses Menschenrecht endlich zu verwirklichen.“

Die Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern fassten ihre Forderungen in einer Frankfurter Erklärung zusammen:

Frankfurter Erklärung – Appell an eine zukünftige Bundesregierung

Eine mögliche große Koalition kann mit einer breiten Mehrheit im Bundestag der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weitere Impulse geben! Das erwarten Menschen mit Behinderungen in Deutschland.

Als Behindertenbeauftragte von Bund und Ländern appellieren wir an die verhandelnden Delegationsmitglieder, das Menschenrecht auf gleichberechtigte und diskriminierungsfreie gesellschaftliche Mitentscheidung und Teilhabe endlich umzusetzen. Für uns stehen inhaltliche Fortschritte und nicht finanzielle Umverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Vordergrund:

- Die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einem Teilhabeleistungsgesetz außerhalb der Sozialhilfe und vorrangig im SGB IX. Der UN-Behindertenrechtskonvention folgend, muss die Anrechnung von Einkommen und Vermögen fallen, um Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beenden.
- Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr von Amt zu Amt rennen müssen! Der erstangegangene Leistungsträger muss in die Lage versetzt werden, Hilfen aus einer Hand zu gewährleisten.
- Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, besonders in Kita und Schule.
- Wir fordern mehr Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt. Alternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen

müssen gestärkt und ausgebaut werden. Hier ist das Budget für Arbeit ein geeignetes Instrument, auch für Qualifizierung und Ausbildung.

- Wir fordern einen inklusiven Sozialraum. Dazu brauchen wir Regelungen, die Barrierefreiheit von Gebäuden, Infrastruktur und Dienstleistungen sowie bei der Kommunikation und Information herstellen. Förderprogramme, z.B. der KfW Bank, sind danach auszurichten. Das Bundesbehindertengleichstellungsgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sind entsprechend zu ändern.
- Gesundheit und Pflege müssen inklusiv ausgerichtet werden. Teilhabe und Rehabilitation sind im Gesundheitssystem in den Vordergrund zu stellen. Aus- und Fortbildung sind auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen auszurichten. Die Politik für Menschen mit Behinderungen ist unter intensiver Einbeziehung und Mitwirkung der Menschen mit Behinderungen zu gestalten.

Für Rückfragen der Medien:

**Senatskoordinatorin für die Gleichstellung
behinderter Menschen**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Ursula Wermke

Tel.: 040 - 42863-5723

E-Mail: ursula.wermke@basfi.hamburg.de

5. November 2013/basif05

Hamburg – Stadt mit Courage

Senat beschließt Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung das „Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus“ beschlossen. Es wurde in einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit Organisationen, Gremien sowie Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet. Seine Maßnahmen zielen darauf, Vorurteilen vorzubeugen, Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren, Einrichtungen und Betroffene zu unterstützen und Kompetenzen zu bündeln.

„Unsere Stadt ist nicht die Hochburg des Rechtsextremismus in Deutschland, aber wir müssen überall wachsam sein und ihm auf Dauer den Nährboden entziehen“, betont Senator Detlef Scheele. „Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Nicht nur Staat und Verwaltung sind hier gefragt, sondern jede Bürgerin und jeder Bürger sowie alle Einrichtungen und Organisationen, die das Leben in unserer Stadt prägen und gestalten.“

Das Hamburger Landesprogramm soll dazu einen Beitrag leisten und dabei helfen, die vielen methodischen Ansätze in der Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserer Stadt sinnvoll zu verknüpfen und auszubauen. Neben bereits bestehenden Projekten, wie dem Mobilem Beratungsteam sowie der Landeskoordinierungsstelle Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, setzt die zuständige Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration ab 2014 zusätzliche Vorhaben um:

- Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte z.B. in Bürger- und Sportvereinen,
- Angebote, die den „Ausstieg vor dem Einstieg“ ermöglichen sollen,
- Qualifizierung von Opferberatungsstellen und Einrichtungen der Jugendhilfe für den Umgang mit Opfern rechtsextremer Gewalt sowie
- verstärkt länderübergreifende Zusammenarbeit in Norddeutschland.

Hierfür stehen in 2014 insgesamt rund 500.000 Euro zur Verfügung.

Das vollständige Konzept steht in Kürze unter www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus zum Download bereit.

Hintergrundinformationen

Die Zahl der Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, geht in Hamburg zwar stetig zurück (2011: rd. 440 Personen; 2012: rd. 330 Personen). Jenseits von strafrechtlich relevanten Aktivitäten suchen rechtsextreme Kreise aber Anschlussmöglichkeiten an die gesellschaftliche Mitte, indem z.B. Bürgerinitiativen in Form von Solidarisierungsaktionen – insbesondere im Internet – für ideologische Zwecke missbraucht werden.

Das Landesprogramm basiert auf einem breit angelegten Beteiligungsverfahren, an dem viele Organisationen, Gremien, Expertinnen und Experten sowie Bürgerinnen und Bürger mitgewirkt haben. Dabei ergab sich früh sowohl von Seiten der Politik als auch von Seiten der Wissenschaft eine Unterstützung für den Ansatz, neben der Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus insbesondere rechtsextreme und menschenverachtende Einstellungen und Handlungen in allen Teilen der Gesellschaft entschlossen entgegenzuwirken und damit auf eine inklusive Gesellschaft hinzuwirken. Zudem sollen bewährte Maßnahmen gesichert und bestehende Angebotslücken geschlossen werden.

Das Landesprogramm geht auf ein Ersuchen der Hamburgischen Bürgerschaft zurück (vgl. Drs. 20/2169).

Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Marcel Schweitzer - Pressesprecher
Tel.: +49 428 63 – 2889
marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de

6. November 2013/basfi06

Senator Scheele zur Schließung von Einrichtungen der Haasenburg GmbH

Senator beauftragt Familieninterventionsteam mit Umsetzung alternativer Betreuung

Die Jugendministerin von Brandenburg hat heute angekündigt, der Haasenburg GmbH für den Betrieb von Einrichtungen für eine geschlossene Unterbringung die Erlaubnis zu entziehen.

Senator Detlef Scheele hat bereits im Familienausschuss angekündigt, dass sich Hamburg auf eine mögliche Schließung vorbereitet hat. Hierzu erklärt Senator Scheele:

„Wir haben das FIT heute Morgen beauftragt, die alternative Betreuung umzusetzen.“

Dies geschieht innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens mit Zustimmung der Sorgeberechtigten so schnell wie möglich. Im Vordergrund steht immer eine individuelle Lösung für die Jugendlichen mit dem Ziel einer Stabilisierung der Verhältnisse.

Zurzeit befinden sich zwei Minderjährige in der Einrichtung. Ein dritter Minderjähriger befindet sich nach einem Wochenendurlaub bei der Mutter seit heute im Kinder- und Jugendnotdienst. Eine Rückführung des Jungen, die für heute geplant war, wurde gestoppt.

Der Bericht der Brandenburgischen Untersuchungskommission liegt der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration seit heute Morgen vor und wird gegenwärtig ausgewertet. Eine Bewertung kann daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen.

Hintergrundinformationen

Hamburg hatte als erstes Bundesland im Juni 2013 einen Belegungsstopp für alle Einrichtungen der Haasenburg GmbH verfügt. Der Belegungsstopp wurde auch aufrechterhalten, nachdem das Land Brandenburg den Belegungsstopp für eine Einrichtung unter Auflagen aufgehoben hat. Parallel dazu hat die BASFI im Juni 2013 eine Aufsichtskommission eingesetzt, die sich unabhängig von der BASFI, den bezirklichen Jugendämtern oder dem FIT ein Bild vom Betreuungskonzept und seiner Umsetzung in der Praxis in den Einrichtungen machen sollte. Das FIT und die Hamburger bezirklichen Jugendämter haben regelmäßige Kontakte mit den Jugendlichen vor Ort. Hinweisen auf Missbrauchsvorwürfen, die z.B. über Medien kommuniziert wurden, ist stets umgehend nachgegangen worden; sie haben sich in den betreffenden Fällen der Hamburger Jugendlichen nicht bestätigt.

Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Marcel Schweitzer - Pressesprecher

Tel.: +49 428 63 – 2889, marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de

4. November 2013/bgv04

Nützliche Tipps für ein ganzes Jahr

BGV gibt Verbraucherschutzkalender für 2014 heraus

Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) hat für das Jahr 2014 einen besonderen Kalender aufgelegt: Der Verbraucherschutzkalender macht mit monatlichen Artikeln und wöchentlichen Tipps auf wichtige Themen aufmerksam – von der Altersvorsorge über alternative Streitschlichtung bis zu sicherem Spielzeug.

Zentrale Anliegen des Verbraucherschutzes sind Information und Aufklärung – der Verbraucherschutzkalender vereint beide in einem Jahresplaner. „**Wir haben die Inhalte thematisch breit gefächert, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern** Informationen über ihre Rechte, Risiken und Möglichkeiten in verschiedenen Lebenssituationen ganz einfach zugänglich zu machen“, **sagt Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks.**

Im Kalender werden in immer neuen wöchentlichen bzw. monatlichen Schwerpunkten unter anderem Tipps zum Immobilienkauf, zum Stromanbieterwechsel oder der Kennzeichnung von Lebensmitteln gegeben. Darüber hinaus enthält er weitere Hinweise zu Gesundheits- und Verbraucherinformationen sowie verschiedene Kontaktadressen.

Der Verbraucherschutzkalender der BGV steht in begrenzter Auflage zur Verfügung. Er kann per E-Mail unter publikationen@bgv.hamburg.de oder telefonisch unter 040-428.37-2368 bestellt werden. Außerdem liegt er in den Kundenzentren der Bezirksämter sowie bei der Verbraucherzentrale Hamburg aus.

Weitere Informationen rund um das Thema Verbraucherschutz in Hamburg sowie eine PDF-Datei des Kalenders zur Ansicht stehen zudem u.a. unter www.hamburg.de/kundenschutz zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

6. November 2013/bgv06

Was tun Hamburger Krankenhäuser für Menschen mit demenziellen Erkrankungen?

Neues Faltblatt der Gesundheitsbehörde bietet Übersicht über Angebote

Die Anzahl älterer Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern nimmt zu – und damit auch die Zahl derjenigen, die von einer Demenz-Erkrankung betroffen sind. Sie benötigen auch im Krankenhaus eine besondere Fürsorge und stellen spezielle Anforderungen an Personal und Ausstattung. Ein neues Faltblatt der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) informiert über die besonderen Versorgungsangebote, die Hamburger Krankenhäuser für Menschen mit demenziellen Erkrankungen bieten.

In Hamburg leben nach Schätzungen rund 25.000 Menschen mit mittelschwerer oder schwerer Demenz. Der demografische Wandel führt dazu, dass diese Zahl in den nächsten Jahren noch weiter steigen wird. Weitere Schätzungen gehen davon aus, dass bereits jetzt etwa zehn bis 15 Prozent der Krankenhauspatientinnen und -patienten, die wegen einer körperlichen Erkrankung im Krankenhaus behandelt werden, an Demenz erkrankt sind oder an kognitiven Störungen leiden. Diese Betroffenen benötigen besondere Rahmenbedingungen und eine intensive Betreuung während ihrer Behandlung im Krankenhaus.

Viele Hamburger Kliniken haben sich auf die Herausforderungen der Versorgung von Menschen mit Demenzerkrankungen eingestellt und spezielle Angebote geschaffen. Dazu gehören beispielsweise Gedächtnissprechstunden oder spezielle Stationen für Patientinnen und Patienten mit Demenzerkrankungen in den Bereichen Innere Medizin, Geriatrie und Psychiatrie/Psychotherapie. Diese Angebote sind im neuen Faltblatt der BGV gebündelt und übersichtlich aufgeführt.

Das Faltblatt „Demenzielle Erkrankungen – Versorgungsangebote in Hamburger Krankenhäusern“ steht ab sofort online unter <http://www.hamburg.de/krankenhaus/veroeffentlichungen/> zur Verfügung oder ist per E-Mail unter publikationen@bgv.hamburg.de bzw. telefonisch unter 040-428.37- 2368 zu bestellen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

4. November 2013/bsb4

39 Prozent der Schulabgänger finden sofort einen Ausbildungsplatz

Jugendberufsagentur Wandsbek eröffnet

Die Jugendberufsagentur Hamburg unterstützt seit dem 4. November auch in Hamburg-Wandsbek junge Menschen unter 25 Jahren bei allen Fragen rund um die schulische und berufliche Ausbildung, die Berufs- und Studienwahl, den Einstieg in den Beruf oder bei persönlichen Problemen. Hier finden sie passgenaue Beratung und Hilfe gebündelt unter einem Dach. Beim Übergang von der Schule in den Beruf wurden in diesem Jahr junge Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus der Sekundarstufe I der Stadtteilschulen erstmals systematisch durch die Jugendberufsagentur begleitet.

Schulsenator Ties Rabe: „Mit der Jugendberufsagentur hat Hamburg ein überzeugendes Konzept entwickelt, um junge Menschen verlässlich an der für sie entscheidenden Schnittstelle von der Schule in den Beruf zu unterstützen. In diesem Jahr fanden bereits Mitte September fast 39 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger aus Stadtteilschulen nach der Klasse 10 einen Ausbildungsplatz. Das zeigt, dass die frühzeitige und systematische Begleitung der Jugendlichen erste Früchte trägt. Durch die konsequente Einbindung der schulischen Ebene in der Jugendberufsagentur und den Ausbau der Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen wollen wir dies weiter verbessern.“

„Jugend, Schule, Berufseinstieg stehen im engen Bezug zu Demografie, Fachkräftebedarf aber auch Altersarmut. Daher ist die Jugendberufsagentur für mich eine unerlässliche Anlaufstelle, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei ihrer Berufswahl tatkräftig zu unterstützen. Ziel aller Akteure muss es sein, jedem einzelnen einen den persönlichen Stärken und Schwächen entsprechenden Berufseinstieg zu ermöglichen“, betont **Sönke Fock**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamburg. „Der Jugendberufsagentur Wandsbek stehen schon heute über 900 Ausbildungsstellen von regionalen Unternehmen für 2014 zur Verfügung. Sie erfüllt daher auch eine ganz wichtige Brückenfunktion in den heimischen Ausbildungsmarkt.“

Friedhelm Siepe, Geschäftsführer von Jobcenter team.arbeit.hamburg, betont: „Mit Einrichtung der Jugendberufsagentur in Hamburg ist es gelungen, alle Beteiligten in ein Boot zu holen, die Jugendlichen Unterstützung beim Wechsel von der Schule in den Beruf anbieten können. Die Unterstützungsbedarfe der Jugendlichen sind dabei ebenso unterschiedlich wie vielschichtig. Aber

eines haben alle gemeinsam: Eine solide berufliche Qualifikation ist der sicherste Weg, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Denn: wer beruflich integriert ist, der hat gute Chancen auf ein selbstbestimmtes sowie wirtschaftlich und sozial abgesichertes Leben. Und das wollen wir - niemand soll verloren gehen!“.

Thomas Ritzenhoff, Bezirksamtsleiter in Wandsbek freut sich: „Das Konzept der Jugendberufsagentur stellt für Wandsbek als einwohnerstärksten Bezirk eine große Bereicherung dar: Ein Großteil von Hamburgs Schulabgängerinnen und Schulabgängern kommt aus unserem Bezirk. Diese und natürlich auch alle anderen jungen Wandsbekerinnen und Wandsbeker optimal beim Berufseinstieg zu fördern, liegt mir sehr am Herzen. Mit der neuen Jugendberufsagentur Wandsbek wird das gelingen!“

Übergangszahlen Schule-Beruf 2013

Schulsenator Ties Rabe präsentierte anlässlich der Eröffnung der Jugendberufsagentur Wandsbek gleichzeitig die Zahlen für den Übergang nach der Schule. Senator Rabe: „Kein Jugendlicher darf nach der Schule verloren gehen, alle sollen eine Anschlussperspektive bekommen. Deshalb werden seit 2012 alle Schulabgänger sorgfältig beraten und begleitet.“

Systematische Begleitung der Jugendlichen bereits in der Schule

Die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer der Abgangsklasse 10 an Stadteilschulen oder 9 an Förderschulen unterstützten in Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur die Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der Schule: Sie erfragten die jeweiligen Anschlüsse der Jugendlichen, ließen sich diese dokumentieren und veranlassten bei Bedarf passgenaue Unterstützungsangebote. Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die noch keinen verlässlichen Anschluss z.B. in Ausbildung oder weiterführende Schulen hatten, wurden durch die Lehrkräfte der für sie zuständigen berufsbildenden Schule und durch Beraterinnen und Berater der Jugendberufsagentur individuell beraten. Auch nicht mehr schulpflichtige Schulabgängerinnen und Schulabgänger erhielten Beratungsangebote der JBA.

2013 weniger Schulabgänger nach Sekundarstufe I

Erstmalig verließen Schülerinnen und Schüler grundsätzlich erst nach Klasse 10 die Stadtteilschule (in Förderschulen nach Klasse 9) und nicht, wie im Vorjahr, nach den Klassen 9 oder 10. Dies hat zur Folge, dass der Verbleib „lediglich“ für 7.956 Jugendliche und nicht wie im Vorjahr für 10.350 Schülerinnen und Schüler gesichert werden musste. Von diesen 7.956 Jugendlichen entschieden sich 4.225 (ca. 53 Prozent) für einen weiterführenden Schulbesuch. 3.731 Schülerinnen und Schüler gingen von der Schule ab.

Ausbildungswahl frühzeitiger als im Vorjahr

In diesem Jahr hatten bereits Mitte September 38,7 Prozent (1.443 gesamt) der Schulabgänger einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, davon 23,3 Prozent betrieblich (868), 13,2 Prozent an einer vollqualifizierenden Berufsfachschule (492), rund 1,7 Prozent in Berufsqualifizierung im Hamburger Ausbildungsmodell (66) und rund 0,5 Prozent außerbetrieblich (17). Das zeigt, dass eine systematische und frühzeitige Begleitung der Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf erste Früchte trägt. Schulabgängerinnen und Schulabgänger haben in diesem Jahr frühzeitiger eine verlässliche Berufswahlentscheidung getroffen und einen Ausbildungsplatz gefunden. Im Vergleich hierzu hatten im Vorjahr Anfang September erst rund 25 Prozent der Schulabgänger eine Ausbildung begonnen (Stichtag 4. September 2012, 1.338 gesamt). Insgesamt ist der Übergang in

Ausbildung im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen (plus 105), obwohl ca. 1.500 Schulabgänger weniger aus den Stadtteilschulen auf den Ausbildungsmarkt wechselten.

Dualisierte Ausbildungsvorbereitung

1.455 Jugendliche (ca. 39 Prozent der Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz) werden im Rahmen der dualisierten Ausbildungsvorbereitung (AV) individuell beruflich orientiert. Dabei arbeiten und lernen die Jugendlichen in Betrieben der Wirtschaft und in berufsbildenden Schulen, mit dem Ziel zügig (auch unterjährig) in eine berufliche Ausbildung eintreten zu können. 1.351 Jugendliche besuchen AV an einer staatlichen berufsbildenden Schule. 104 Jugendliche besuchen eine Produktionsschule in freier Trägerschaft. Rund 21 Prozent der Anfängerinnen und Anfänger der Ausbildungsvorbereitung kommen aus einer Förderschule (303).

Verlässliche Begleitung – jeder wird gebraucht

Die diesjährige Übergangsbegleitung der Schulabgängerinnen und Schulabgänger konnte sicherstellen, dass der Verbleib aller Jugendlichen bekannt ist und die Beratung und Unterstützung gezielt dort angeboten werden kann, wo sie gebraucht wird. 35 Jugendliche, die noch schulpflichtig sind, befanden sich zum Stichtag 15. September 2013 in aufsuchender Beratung der Jugendberufsagentur. 220 junge Menschen, die nicht mehr schulpflichtig sind und noch keine Anschlussperspektive hatten, erhielten Beratungsangebote der Jugendberufsagentur.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Presssprecher

Tel. (040) 428 63 – 2003, E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (040) 4 28 63 – 2842, E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Agentur für Arbeit Hamburg

Knut Böhrnsen, Pressestelle

Tel (040) 2485 - 2230, E-Mail: knut.boehrsen@arbeitsagentur.de

Jobcenter team-arbeit.hamburg

Heike Böttger, Pressestelle

Tel. (040) 428 71-4010, E-Mail: heike.boettger@jobcenter-ge.de

Bezirksamt Wandsbek

Lena Voß, Pressestelle

Tel. (040) 428 81-2456, E-Mail: lena.voss@wandsbek.hamburg.de

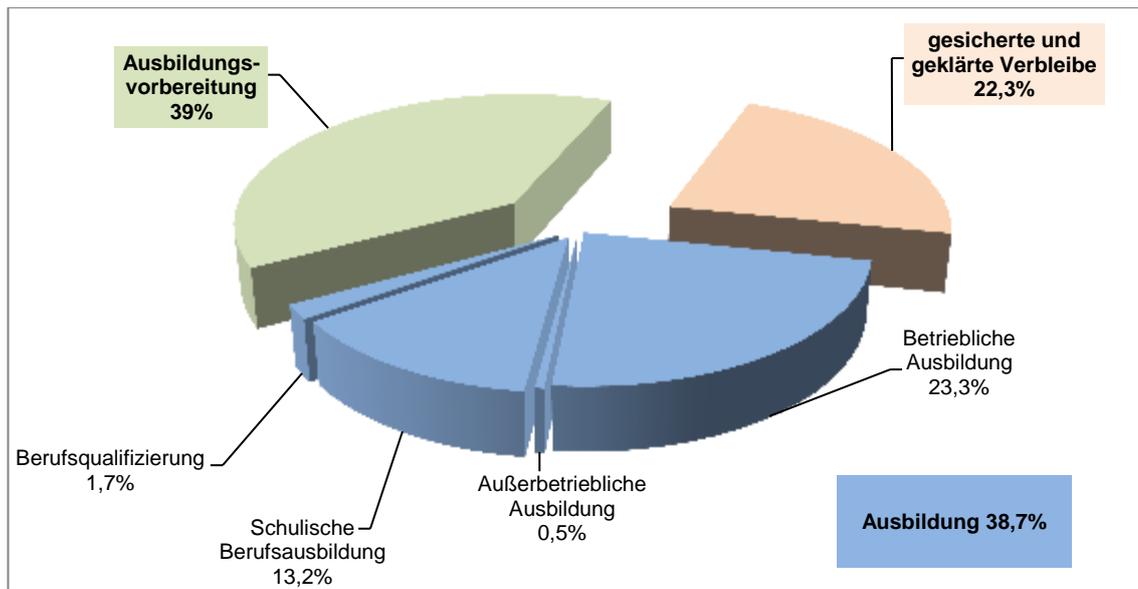
Anlage:

Verbleib der Schulabgänger 2013 und 2012¹
(Erhebungen Stand 04.09.2012 bzw. 15.09.2013)

Verbleib der Schulabgänger ¹	2012 2	2012	2013 3	2013
		Prozent von N=5.307		Prozent von N=3.731
Ausbildung gesamt	1.338	25,20%	1.443	38,7%
davon betriebliche Ausbildung	918	17,3%	868	23,3%
davon außerbetriebliche Ausbildung	28	0,5%	17	0,5%
davon schulische Berufsausbildung	222	4,2%	492	13,2%
davon Berufsqualifizierung	170	3,2%	66	1,7%
Ausbildungsvorbereitung (AV, Produktionsschule)	2054	38,7%	1.455	39%
gesicherte und geklärte Verbleibe gesamt	1.915	36,1%	833	22,3%
davon gesicherte Anschlüsse (Berufsvorbereitende Maßnahmen, FSJ, FÖJ, Bundesfreiwilligendienst, nicht mehr Schulpflichtige in Beratung der JBA, Bundeswehr, Auslandsaufenthalt)	664	12,5%	618	16,6%
davon teilqualifizierende Berufsfachschule	1.241	23,0%	0	0%
davon sonstige geklärte Verbleibe (z.B. Abmeldung aus Hamburg)	10	0,1%	215	5,8%
Gesamtergebnis	5.307	100,00%	3.731	100,00%

¹2012: Nach Klassen 9 und 10 der Stadtteilschulen sowie Klasse 9 der Förderschulen (staatlich und staatlich-
anerkannt); 2013: Nach Klasse 10 der Stadtteilschulen sowie Klasse 9 der Förderschulen (staatlich und
staatlich anerkannt)

Verbleib der Schulabgänger 2013



Mitarbeiterstruktur und Aufteilung in den bezirklichen Jugendberufsagenturen:

Bezirk	Mitarbeiter gesamt	davon Agentur für Arbeit (mit Berufsberatung Team-Akademische Berufe und Ausbildungs- vermittlung)	davon jobcenter team.arbeit.hamburg	davon Bezirks- amt	davon Hamburger Institut für Berufliche Bildung
Mitte	106	60*	42	2	2
Harburg	50	19	27	2	2
Nord	35	14	17	2	2
Eimsbüttel	31	11	16	2	2
Altona	47	9	34	2	2
Wandsbek	54	14	36	2	2
Bergedorf	Eröffnung am 11.12.2013				

06.11.2013/bsb06

Landeszentrale für politische Bildung gibt Jahresbericht 2012 heraus Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und der 13 anerkannten Bildungsgesellschaften wird vorgestellt

Der Jahresbericht gibt auch Aufschluss darüber, welche konkreten Projekte der einzelnen Bildungsträger von der Landeszentrale gefördert worden sind.

Der Jahresbericht der Landeszentrale als der zentralen Dienstleistungs- und Service-einrichtung für die politische Bildung gibt einen hervorragenden Überblick über die vielfältige Palette der geförderten politischen Bildungsthemen- und Projekte und unterstreicht einmal mehr, dass politische Bildung allen Teilen der Bevölkerung offen steht.

Mit ihrem äußerst umfangreichen Angebot an eigenen Veröffentlichungen und ausgewählten Fremdpublikationen hält die Landeszentrale ein in und für Hamburg einzigartiges wie hochwertiges und vielfältiges Medienangebot bereit.

Zudem bietet die Landeszentrale für politische Bildung regelmäßig eigene Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen an.

Der Jahresbericht 2012 ist kostenlos im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorwall 1, erhältlich. Die Öffnungszeiten des Infoladens sind von Mo- Do. 12.30 – 17.00 Uhr, Fr. 12.30 – 16.30 Uhr.

Für Rückfragen der Medien:

Annika Fritzsche,
Tel. 040 / 4 28 23 48 08,
E-Mail: annika.fritzsche@bsb.hamburg

4. November 2013/bsu04

Senat vergibt Fritz-Schumacher-Preis an Prof. Thomas Sieverts

Gewürdigt werden vor allem die Forschungen des gebürtigen Hamburgers zur sogenannten „Zwischenstadt“

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau, hat heute gemeinsam mit dem Hamburger Oberbaudirektor Jörn Walter dem Architekten und Stadtplaner Prof. Thomas Sieverts den Fritz-Schumacher-Preis des Hamburger Senats überreicht. Der Preis wird seit 2007 alle drei Jahre vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg an Architekten und Stadtplaner vergeben und erinnert an die überragende Bedeutung Fritz Schumachers für Baukultur und Stadtentwicklung.

Prof. Thomas Sieverts wird mit der Auszeichnung für seine herausragenden Leistungen auf dem Gebiet des Städtebaus gewürdigt. Der gebürtige Hamburger (geb. 8. Juni 1934) studierte Architektur in Stuttgart, Liverpool und Berlin. Nach erfolgreichem Abschluss seines Studiums im Jahr 1962 war Sieverts für zwei Jahre als Mitarbeiter an der Technischen Universität Berlin tätig. Ab 1967 lehrte Sieverts Architektur und Städtebau an der Hochschule für Bildende Künste Berlin, an der Harvard University und der Technischen Hochschule Darmstadt. 1995 arbeitete Sievert als Forschungsgelehrter am Wissenschaftskolleg Berlin und prägte dort den Begriff „Zwischenstadt“. Sieverts prägte in den 90er Jahren die [Internationale Bauausstellung Emscher Park](#) mit. Er ist der Vater des Bochumer Westparks und des Umbaus der Gelsenkirchener Zeche Nordstern zu einem Büroareal in einer der abwechslungsreichsten Parklandschaften des Ruhrgebiets.

In seiner Laudatio würdigte **Prof. Werner Durth** den Preisträger mit folgenden Worten: „Mit wacher Beobachtung und scharfem Verstand ist Thomas Sieverts seit Jahrzehnten der Seismograph unserer Profession, mit Spürsinn für „Kommende Dinge“, stets mit Blick auf die Lebenschancen künftiger Generationen.“

Sieverts entwickelte das Konzept der „Zwischenstadt“. Der Begriff beschreibt eine Siedlungsstruktur, die weder der Stadt noch dem ländlichen Raum zugeordnet werden kann. Die Zwischenstadt besitzt mehr Eigenständigkeit als der Vorort und kann sich von der Kernstadt unabhängig machen. Sie besitzt meist keinen historischen Siedlungskern und ist in kurzer Zeit entstanden. Auch die

Ausrichtung und Entwicklung der Zwischenstadt erfolgt relativ ziel- und planlos. Welche Auswirkungen „Zwischenstädte“ für Architektur und Städtebau haben, hat Sieverts untersucht.

Daneben wurden Julia Franzke und Jasmin Albrecht mit Nachwuchspreisen ausgezeichnet und erhalten für ihre beispielhaften, fachübergreifenden Leistungen Reisestipendien.

Rückfragen der Medien: Kerstin Graupner; Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Tel. 040/ 42840-2051; pressestelle@bsu.hamburg.de

4. November 2013/bsu04a

50 neue Straßenbäume für Hamburg

Unternehmer Michael Otto startete gemeinsam mit Bürgermeister Olaf Scholz Pflanzaktion „Mein Baum- Meine Stadt“ 2013

25.000 Euro spendete die Otto Einzelgesellschaft für die 2011 ins Leben gerufene städtische Aktion „Mein Baum – Meine Stadt“. 50 Bäume können dafür in Hamburg in den kommenden Wochen gepflanzt werden. Mit der Spende sollen vor allem Bäume in strukturschwachen Stadtteilen ersetzt werden. Es werden dabei auch einige jener Lücken geschlossen, die das Sturmtief „Christian“ vor einer Woche gerissen hat. Dr. Michael Otto und Bürgermeister Olaf Scholz haben heute gemeinsam in Wandsbek die ersten beiden gespendeten Ahornbäume gepflanzt.

Bürgermeister Olaf Scholz: „Ich freue mich besonders, dass wir in strukturschwachen Stadtteilen nachpflanzen werden. Diesem ausdrücklichen Wunsch des Hamburger Ehrenbürgers Dr. Michael Otto entsprechen wir gern. Denn: Auch auf eine grüne Umgebung und gute Luft haben alle gleichermaßen einen Anspruch. Geld für 50 neue Bäume kommt mit der Spende des Unternehmen zusammen - wobei auch hier gilt: 500 Euro pro Baum kommen vom Spender, und die Stadt legt noch mal 500 Euro drauf.“

Dr. Michael Otto, Aufsichtsratsvorsitzender der Otto Group: „Der Aktion Mein Baum - Meine Stadt!“ gelingt es beispielhaft, dass sich Politik und Wirtschaft gemeinsam für das Gemeinwohl einsetzen und dass sie die Stadt für die Menschen noch grüner macht.“

Insgesamt sind im Jahr 2013 bereits rund 60.000 € Spenden eingegangen. Der erfolgreiche Verlauf dieser Aktion unterstreicht die starke Wertschätzung, die die Menschen dieser Stadt für Bäume und das Grün in der Stadt empfinden. Viele der Bäume werden aus besonderen Anlässen gespendet (z.B. Geburt, Hochzeit, Geburtstag, Todesfälle).

Der Jugendchor Alsterspatzen zum Beispiel hatte sich anlässlich des 25-jährigen Bestehens für eine Platane an der Straße Redder in Sasel entschieden. Die Deutsche Bahn füllte Straßenbaumlücken in Neuwiedenthal. Der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. pflanzte gespendete Bäume in Fuhlsbüttel. Die türkische Gemeinde spendete einen Baum in Billstedt und sogar Ex-Beatle Ringo Starr entschied sich für zwei Mehlbeeren an der Finkenstraße auf St. Pauli - in Sichtweite des Beatles-Platzes. Seit Beginn der Kampagne 2011 sind in Hamburg so mehr als 3.100 Straßenbaumlücken geschlossen worden.

Das Prinzip der Aktion „Mein Baum – meine Stadt“ bleibt so wie im Vorjahr: sobald 500 Euro Spenden für einen Standort zusammen gekommen sind, legt die Stadt die noch fehlenden 500 Euro drauf und der Baum kann gepflanzt werden. Mit dieser Summe sind die Gesamtkosten für einen Baum gedeckt, einschließlich einer dreijährigen Pflege des Baumes.

Neu ist in diesem Jahr, dass auch auf der Internetplattform „Betterplace“ für „Mein Baum-Meine Stadt“ gespendet werden kann. Mitmachen können dort alle Hamburgerinnen und Hamburger, ganz unabhängig von der Summe, die sie spenden möchten. Auch hier engagiert sich OTTO mit einem weiteren Spendenbetrag von 15.000 Euro: Jede Spende, die auf der Spendenplattform betterplace.org eingeht, verdoppelt das Unternehmen - damit können 60 weitere Bäume in Hamburg gepflanzt werden.

Alle freigegebenen Pflanzstandorte sind wieder auf einer Karte im Internet registriert. Unter www.meinbaum-meinestadt.de finden Baumfreunde die genauen Adressen, die jeweilige Baumart und den aktuellen Spendenstand. Mit der Nummer des Standorts auf der Überweisung wird die Spende dem richtigen Baum zugeordnet.

Weiterer bewährter Partner ist die Loki-Schmidt-Stiftung, die seit Beginn der Kampagne die Spenden entgegennimmt, die Spender berät und betreut und bei der Wahl des Standorts behilflich ist.

Hintergrund

In jedem Jahr gehen einige der fast 250.000 Straßenbäume in Hamburg wegen Krankheiten und Beschädigungen verloren. Die Bezirke melden diese potentiellen Pflanzstandorte an die Umweltbehörde. Diese Standorte werden dann soweit wie möglich von der Stadt nachgepflanzt und bilden zugleich den Pool der möglichen neuen Spenderbäume. Ein ausgewachsener Straßenbaum schluckt im Jahr bis zu 1,5 Tonnen Kohlendioxid. Straßenbäume sind in Hamburg vor allem Eichen, Linden und Ahorn.

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040 42840-2051

pressestelle@bsu.hamburg.de



5. November 2013/mrh05

Draußen lernen!

Schulplaner für Umweltfächer in der Metropolregion Hamburg erschienen

Der erste Natur- und umweltpädagogische Planer für Bildungseinrichtungen ist erschienen. Er fasst Orte in der Metropolregion Hamburg zusammen, an denen Kinder Umweltthemen aktiv erleben und so besser verstehen können.

Ausflüge im Rahmen des Schulunterrichtes sind fester Bestandteil des schulischen Lernens. Sie helfen, Erlerntes besser zu verstehen und durch die eigene Erfahrung zu festigen. Hier bietet die Metropolregion Hamburg neben ihrer einzigartigen Landschaft eine Fülle von Nationalparks, Schutzgebieten, Naturzentren und Wildparks.

Mit Nord- und Ostsee, dem Wattenmeer, Heide und Moor, Flüssen, Seen und Wäldern steht den Schülerinnen und Schülern direkt vor der Haustür ein riesiges Klassenzimmer zur Verfügung, das zu einer spannenden und vielfältigen Entdeckungsreise durch die Welt der heimischen Flora und Fauna einlädt. Solche Exkursionen bieten Schülerinnen und Schülern vielfältige Möglichkeiten zur Motivation und Orientierung. Stets sind sie aber mit zeitintensiven Planungen für die Lehrerinnen und Lehrer verbunden.

Der erstmals erschienene Schulplaner für Umweltexkursionen in naturkundlichen Fächern wie Biologie und Erdkunde bietet hier Hilfestellung. Die Angebote der verschiedenen Naturerlebniseinrichtungen für Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen sollen Anregungen für Exkursionen geben und dabei helfen, praktisches Wissen zu den Unterrichtsinhalten zu vermitteln.

In dem Faltplan sind vielfältige Angebote der Naturerlebniseinrichtungen der Metropolregion Hamburg zum Thema „Natur erleben“ übersichtlich zusammengestellt. Aufgebaut ist der Planer nach typisch norddeutschen Naturräumen wie Heide, Moore oder Nord- und Ostsee. Wer sich im Unterricht mit dem Thema „Wasser“ näher beschäftigt, findet hier zum Beispiel Angebote der UNESCO Biosphärenreservate Schaalsee und Flusslandschaft Elbe. Auf der Rückseite ist eine Karte mit allen Einrichtungen zur leichten räumlichen Orientierung. Der Planer richtet sich gleichermaßen an Grundschulen wie an die Sekundarstufen I und II. Alle Angebote haben eine Kennzeichnung, für welche Altersstufe sie geeignet sind.

Bestellung und weitere Informationen: www.metropolregion.hamburg.de/natur

Rückfragen unter:

Metropolregion Hamburg

Marion Köhler

Pressesprecherin

Tel.: +49(0)40 42841 2604

E-Mail: presse@metropolregion.hamburg.de

www.metropolregion.hamburg.de

6.11.2013/kb06

Hamburgs Theater machen erstmals Aufführungen für Sehbehinderte zugänglich

Kulturbehörde Hamburg fördert Pilotprojekt mit Audiodeskription am Thalia Theater und Ohnsorg Theater

Nach einem Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft, den Einsatz der Audiodeskription an Hamburger Theatern zu fördern, finden nun erstmals am Ohnsorg Theater und am Thalia Theater zwei Aufführungen unter Einsatz einer Live-Kommentierung für blinde und sehbehinderte Menschen statt. Bei Audiodeskription handelt es sich um eine akustische Bildbeschreibung, die blinden und sehbehinderten Menschen hilft, der Inszenierung auf der Bühne besser erleben zu können.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit dem Einsatz von Audiodeskription gelingt es, blinden und sehbehinderten Menschen das Theater zugänglicher zu machen und ihnen den Genuss einer Liveaufführung zu ermöglichen. Es freut mich, dass sich mit dem Thalia Theater und dem Ohnsorg Theater zwei renommierte Hamburger Traditionshäuser dem Pilotprojekt angeschlossen haben und einen Beitrag leisten, blinde Menschen besser in die Gesellschaft zu integrieren.“

Heiko Kunert, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenvereins Hamburg: „Dies ist ein Meilenstein für die kulturelle Teilhabe der 3.000 blinden und rund 40.000 sehbehinderten Menschen in unserer Stadt. Wir hoffen sehr, dass viele von ihnen das Angebot nutzen und dass Hörtheater in Zukunft einen festen Platz in Hamburgs Kulturlandschaft hat.“

Das Pilotprojekt startet am **10. November 2013, 15 Uhr** im **Ohnsorg Theater** mit dem Stück „Lengen na Leev“ (Ein Mond für die Beladenen) mit audiodeskriptiver Begleitung. Am **10. Dezember 2013, 20 Uhr** präsentiert das **Thalia Theater** mit „Don Giovanni. Letzte Party“ ebenfalls eine audiodeskriptive Vorstellung, an der sehende, blinde und sehbehinderte Menschen gleichermaßen teilnehmen können.

Die Kosten eines einmaligen Einsatzes von Audiodeskription für ein Theaterstück belaufen sich auf 8.000 bis 10.000 Euro. Diese Kosten werden bei dem Pilotprojekt von der Kulturbehörde übernommen.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

5. November 2013/jb05

Transparente Verwaltung: Informationszugang soll nicht erschwert werden

Senat beschließt Gebühren für Verwaltungsauskünfte

Der Senat hat heute die Gebührenordnung für Amtshandlungen nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz beschlossen. Die neue Regelung orientiert sich in der Höhe der Gebühren an der Gebührenordnung zum alten Informationsfreiheitsgesetz. Die Erteilung von Informationen wird grundsätzlich nicht teurer als bisher, teilweise sogar günstiger. Einfache Auskünfte sind gebührenfrei. Neu ist eine Sozialklausel, wonach Personen mit geringem Einkommen von Gebühren befreit sind. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 2013 in Kraft.

Justiz- und Gleichstellungssenatorin **Jana Schiedek**: „Mit der Gebührenordnung schaffen wir die Voraussetzungen, damit Bürgerinnen und Bürger ungehindert von den Informationsmöglichkeiten des Transparenzgesetzes Gebrauch machen können, die das künftig kostenfrei nutzbare Informationsregister ergänzen. Damit gehen wir den Weg zu einer transparenten Verwaltung konsequent weiter. Der Informationszugang soll grundsätzlich nicht am Geldbeutel scheitern. Gleichzeitig muss sich der teilweise erhebliche Verwaltungsaufwand natürlich auch in der Höhe der Gebühren abbilden, zumal viele Informationen auch einen wirtschaftlichen Wert haben.“

Beispiel 1: Herr A. möchte sämtliche Akten der Hamburger Verwaltung zu einem seit mehreren Jahren zwischen Bund und Ländern abgestimmten, noch nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsvorhaben einsehen.

- Zusammenstellung des Aktenmaterials durch die Registraturen mehrerer (Annahme hier: drei) Behörden der FHH: 3 x 3 Stunden zu einem Stundensatz von 34 € (Besoldungsgruppe A 8) = 306 €
- Sichtung des Aktenmaterials durch einen Mitarbeiter des höheren Dienstes (Jurist) in der federführenden Behörde:
Lektüreaufwand: 5 Stunden à 58 € (E oder A 14) = 290 €
Rechtsprüfung (evtl. in Abstimmung mit der behördlichen Rechtsabteilung/dem Vorgesetzten): 6 Stunden à 58 € = 348

Im Ergebnis wären in diesem Fall nach bisherigem Recht kostendeckend 944 € anzusetzen, nach der neuen Gebührenordnung sind maximal 500 € zu zahlen.

Beispiel 2: Frau B. möchte den Bebauungsplan für ein bestimmtes Gebiet haben. Die zuständige Behörde übersendet ihr den Plan per E-Mail oder verweist auf die Internetadresse, unter der er einzusehen ist.

Diese einfache Auskunft ist gebührenfrei.

Rückfragen:

Dr. Thomas Baehr

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

Terminkalender

Vom 11. November bis 17. November 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 11.11.2013

- 11:00** Alte Holstenstraße
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort bei der **Einweihung des „RISE Projekt Fußgängerzone Lohbrügge“**.
- 12:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Michael Neumann hält bei der **Vereidigung junger Polizeibeamter eine Rede und nimmt den Vereidigungsakt vor**.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.
- 15:00** CVJM, An der Alster 40
Staatsrat Michael Sachs ist Gastredner anlässlich der Open House-Veranstaltung des **Vereins für Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe zum Thema „Wohnraum für Haftentlassene“**.
- 15:30** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht beim Senatsempfang im Rahmen von **„Hamburg – St. Petersburg, eine Woche für die deutsch-russische Partnerschaft“** ein Grußwort.
- 17:00** Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kompetenzzentrum, Neuenfelder Str. 19
Senatorin Jutta Blankau spricht bei der **Mitgliederversammlung der Hamburgischen Ingenieurkammer** ein Grußwort.
- 18:00** Das Feuerschiff, Vorsetzen, City Sporthafen Hamburg
Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen an einem **gemeinsamen Abendessen mit den Spitzenvertretern der Hilfsorganisationen** teil.
- 18:30** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **„55. Sitzung des Hamburger Spendenparlaments“** ein Grußwort.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich der **Diskussionsveranstaltung mit dem britischen Historiker und Schriftsteller Prof. Dr. Timothy Garton Ash** zum Thema „Freiheit in Vielfalt; Die Herausforderung für Deutschland“, zu der der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius sowie die University of Oxford gemeinsam einladen.
- 19:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz 1
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich des **Unabhängigkeitstages der Republik Polen**.

Dienstag, den 12.11.2013

- 09:00** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenweg 9
Staatsrat Michael Sachs hält ein Grußwort anlässlich des **Fachforums der ZEBAU zum Thema „Die EnEV: Neue Standards – Neue Impulse“**.
- 14:00** Rathaus, Kaisersaal
Senator Frank Horch spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatempfanges zur bundesweiten Aktionswoche „Wirtschaft + Familie = Wachstum“**.
- 14:30** Foyer des Hauses der Gerichte, Lübeckertordamm 4
Senatorin Jana Schiedek führt **Anja Spohler in das Amt als Direktorin des Amtsgerichts St. Georg** ein.
- 18:00** Uni Hamburg, Lichthof im Altbau der Staatsbibliothek, Von-Melle-Park 3
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Kooperation zwischen der Jüdischen Gemeinde Hamburg und der Staats- und Universitätsbibliothek** ein Grußwort.
- Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.

Mittwoch, den 13.11.2013

- ganztägig** USA, Washington
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt befindet sich vom 13.11.-16.11.2013 auf einer **Dienstreise in den USA (Washington)**.
- 09:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Generalkonsul von Neuseeland, Marcus Scolière, und den Chief Executive Officer von New Zealand Trade and Enterprise, Peter Chrisp**, zum Gespräch.
- 09:30** Ehemaliges Hauptzollamt, Alter Wandrahm 20
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort aus Anlass des **9. Symposiums für Integrierte Gesundheitslösungen**, veranstaltet vom Albertinen Diakoniewerk.
- 10:00** Kinderbibliothek der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, Hühnerposten 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler liest aus dem **Märchenbuch „1001 Nacht“ bei den „Hamburger Märchentagen“**.
- 10:30** Kneipp-Bund e.V., Friedrichstraße 180, 10117 Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an einer **Podiumsdiskussion** zum Thema **„Zukunft Prävention“** teil.
- 10:30** Landesvertretung Saarland, In den Ministergärten 4, 10117 Berlin
Staatsrat Ralf Kleindiek nimmt vom 13.11. – 14.11.2013 an dem Vortreffen der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Rahmen der **Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister** sowie an dem Treffen selbst teil.
- 12:00** Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut, Heimhuder Straße 71
Senatorin Jana Schiedek hält einen Vortrag bei der **HWWI Business Lounge**.
- 13:00** Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19
Senator Frank Horch spricht bei der Zusammenkunft des **Rotary Club Hamburg-Lombardsbrücke**.
- 14:00** Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V., Tangstedter Landstraße 83
Senator Dr. Peter Tschentscher hält bei der **Mitgliederversammlung des**

Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. eine Rede.

19:00 Miniatur Wunderland, Kehr wieder 2-4, Block D
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort zur **„Eröffnung der Miniatur-Elbphilharmonie“**.

Donnerstag, den 14.11.2013

ganztägig

Radisson Blu Hotel, Juri-Gagarin-Ring 127, 99084 Erfurt
Senatorin Jutta Blankau nimmt bis zum 15.11. an der **81. Umweltministerkonferenz** teil.

09:30 Allermöhe, Rungedamm 7
Senator Frank Horch besucht die **KITA Wirbelkinder**. Der Besuch findet im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche **„Wirtschaft + Familie = Wachstum“** statt.

09:30 Vertretung des Saarlandes beim Bund, In den Ministergärten 4, 10117 Berlin
Senatorin Jana Schiedek nimmt an der **Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister** teil.

10:30 Curio-Haus, Ballsaal
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht anlässlich der Eröffnung der Tagung **„Campus Innovation“** ein Grußwort.

12:00 Foyer der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Alter Steinweg 4
Senator Frank Horch nimmt teil an einer **Verkostung von Bio-Äpfeln aus dem Alten Land**.

14:00 Rathaus Stade
Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt gemeinsam mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies teil an einer **Podiumsdiskussion** anlässlich der **regionalen Logistikkonferenz der Metropolregion Hamburg: "MetroLog"**.

15:00 CFEL-Gebäude, Seminarräume im Foyer, Campus Bahrenfeld
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des „Hamburger Preises für theoretische Physik“ 2013**.

16:00 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am Senatsempfang mit Vertretern der **„Privaten künstlerischen Ausbildungsstätten“** teil.

17:00 S-Bahnhof Veddel, Parkplatz
Senator Frank Horch eröffnet die **Lange Nacht der Industrie** und besucht im Anschluss das **Unternehmen Pfannenberg GmbH**.

18:00 Universität Hamburg, Westflügel
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Von der Idee zur Erkenntnis“** der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Grußwort.

Freitag, den 15.11.2013

09:00 Radisson Blue, Marseiller Straße 2
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet den **11. Gesundheitspflege Kongress** mit einem Grußwort.

11:00 Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Preisverleihung des „Kulturmerkur 2013“** teil.

- 15:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Ties Rabe empfängt **Hamburgs neue Lehrerinnen und Lehrer**.
- 19:00** Bucerius Law School, Jungiusstraße 6
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort bei der **Jahresvollversammlung des Vereins „BücherFrauen e.V.“**.

Samstag, den 16.11.2013

- ganztägig** China
Staatsrat Wolfgang Schmidt begleitet vom 16.-21.11.2013 den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Torsten Albig, auf seiner **Delegationsreise nach China (Shanghai und Zhejiang)**.
- 10:00** Restaurant „Schönes Leben“, Deichstr. 37
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Vertreterversammlung der Wohnungsgenossenschaft von 1904 e.V.** ein Grußwort.
- 11:30** Universität Hamburg
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht bei der **feierlichen Eröffnung des Sri Lanka Pavillons**. Anschließend nimmt der Staatsrat an weiteren Veranstaltungen anlässlich des 11. Südasien-Tages teil.
- 14:00** Ohnsorg Theater, Heidi-Kabel-Platz 1
Senatorin Jutta Blankau spricht bei der **Siegerehrung „Hamburgs schönste Eigenheimsiedlung“** ein Grußwort und überreicht die Urkunden.
- 19:00** Metropolis Kino, Kleine Theaterstraße 10
Staatsrat Dr. Nikolas Hill eröffnet mit einem Grußwort das **„CineFest– X.Internationales Festival des deutschen Film-Erbes und den 26. Internationalen Filmhistorischen Kongress“**.

Sonntag, den 17.11.2013

- 10:30** KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg 75
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Volkstrauertages zur Kranzniederlegung in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme** ein Grußwort.
- 11:00** Friedhof Ohlsdorf, Ehrengrabstätte Revier Blutbuche
Staatsrat Volker Schiek hält bei der **Gedenkveranstaltung für die im Dienst ums Leben gekommenen Polizeibeamten** eine Rede.
- 12:00** Mahnmal St. Nikolai, Willy-Brandt-Straße 60
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Zentralen Kranzniederlegung am Mahnmal St. Nikolai** teil.
- 12:00** Fabrik der Künste, Kreuzbrook 10/12
Staatsrat Dr. Hill spricht anlässlich der **Verleihung des „Hans-Meid-Preises für Buchillustration 2013“** ein Grußwort.
- 14:00** Hauptkirche St. Michaelis, Englische Planke 1a
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Volker Schiek nehmen an der **Zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag** teil.
- 15:00** Krypta der Hauptkirche St. Michaelis, Englische Planke 1a
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Dr. Peter Tschentscher nehmen am **Empfang anlässlich des Volkstrauertages** teil.
- 20:00** Deutsches Schauspielhaus, MalerSaal, Kirchenallee 39

Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Uraufführung „Nach Europa“** nach **Marie NDiyaes „Drei starke Frauen“**.